

## **FDP-Fraktion im Kreistag Unna**

### **Rede des Fraktionsvorsitzenden Michael Klostermann am 13.12.2016 zum Haushalt 2017**

#### **Es gilt das gesprochene Wort**

Herr Landrat Makiolla,

Herr Direktor Dr. Wilk,

meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen,

verehrte Gäste,

wie in jedem Jahr stehen wir heute hier, um die vorgelegte Haushaltsplanung der Verwaltung – zusammen mit einigen Änderungsanträgen der Fraktionen zu beschließen.

Wie in jedem Jahr stellt die FDP-Fraktion fest, dass der eigene Handlungsspielraum für politische Entscheidungen immer geringer wird. Rund zwei Drittel des Haushalts fließen in den Sozialhaushalt. Die Höhe der LWL-Umlage und die Kosten der Unterkunft entscheiden beispielhaft darüber, welchen Hebesatz die Kreisumlage haben wird und mit welcher Zahllast wir den Städten und Gemeinden die Kreisumlage in Rechnung stellen.

Wie in jedem Jahr stellt die FDP-Fraktion fest, dass Einmaleffekte und Sondersituationen dafür verantwortlich sind, ob der Kreishaushalt unterjährig eine Verbesserung oder eine Verschlechterung zum geplanten Haushaltsentwurf erfährt.

Da haben wir im Jahr 2016 auf der Aufwandsseite die Kosten der Unterkunft, die in einer Größenordnung von rund 5 Mio. Euro deutlich geringer gestiegen sind als es bei der Haushaltsplanung erwartet wurde.

Da haben wir Mehreinnahmen von rund 1,25 Mio. Euro aus Geschwindigkeitsüberwachung – insbesondere in der A2 Baustelle -, die auf der Ertragsseite zu verbuchen sind. Positiv nehmen wir zur Kenntnis, dass die Mehreinnahmen nicht ausschließlich von Bürgerinnen und Bürgern des Kreises Unna gezahlt wurden sondern zu einem großen Anteil auch von „Durchreisenden“ stammen dürften.

Fazit: Hier hat Dr. Wilk zeitlich befristet seine eigene „Maut“, die sich im Gegensatz zur geplanten Dobrindt-Maut sogar direkt im Kreishaushalt bemerkbar macht.

Und wie in jedem Jahr stellt die FDP-Fraktion fest, dass alle Bestrebungen, die Arbeitsmarktsituation im Kreis Unna nachhaltig zu verbessern nur in einem geringen Maß von Erfolg gekrönt sind. Dies liegt aber keinesfalls an einem fehlenden Engagement unseres Job-Centers oder anderer Beteiligter.

Die Verantwortung liegt hier bei der rot-grünen Landesregierung, die es seit Jahren versäumt, Investitionen in Bildung, Wirtschaft und Infrastruktur so voran zu treiben, dass die Rahmenbedingen für eine verbesserte Arbeitsmarktsituation geschaffen werden.

Wenn in einem industriell geprägten Bundesland wie Nordrhein-Westfalen ein Umweltminister einen höheren Bekanntheitsgrad und eine stärkere Medienpräsenz inne hat als der amtierende Wirtschaftsminister des Landes, dann läuft aus Sicht der Liberalen Einiges schief, meine sehr verehrten Damen und Herren.

Dann schließe ich mich den Worten unseres FDP-Landes- und Bundesvorsitzenden Christian Lindner an, der bei Betrachtung der wirtschaftlichen Situation Nordrhein-Westfalens ständig feststellen muss, dass unser Land deutlich unter Wert regiert wird.

In allen wesentlichen Bereichen trägt NRW die rote Laterne. Nur in einem Punkt sind wir ganz vorne an der Spitze. Kein anderes Bundesland hat mehr Staus und daraus bedingt mehr volkswirtschaftlichen Schaden als wir in Nordrhein-Westfalen.

Und somit können wir uns hier im Kreis auf den Kopf stellen und mit den Beinen Fliegen fangen.

Wir werden außer Anerkennung für unsere außergewöhnliche Leistung keinen dauerhaften Erfolg haben, wenn sich auf höherer politischer Ebene kein Verantwortlicher bereit erklärt, die verdrehten Rahmenbedingungen wieder gerade zu rücken.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen,

wie in jedem Jahr gibt es Einigkeit zwischen Verwaltung und Politik, dass ein positives Jahresergebnis wie schon in den Vorjahren in die Ausgleichsrücklage fließt, um diese dann anschließend für einen fiktiven Haushaltsausgleich und damit für eine Entlastung der Städte und Gemeinden zu verwenden.

Die FDP-Fraktion stellt fest, dass der vorgelegte Haushaltsentwurf unseren Vorstellungen entspricht. Das Gebot der gegenseitigen Rücksichtnahme im Hinblick auf die Städte und Gemeinden wurde beachtet, die einzelnen Zahlen sind ehrlich, solide und verlässlich zusammengestellt.

Vor diesem Hintergrund wird die FDP-Fraktion dem vorgelegten Haushalt zustimmen.

Ich möchte mich an dieser Stelle bereits bei Ihnen Herr Dr. Wilk und bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Kreisverwaltung für die geleistete Arbeit bedanken.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen,

wer jetzt schon die Hoffnung in sich trägt, dass meine Ausführungen mit dem Dank an die Mitarbeiter enden, den muss ich leider enttäuschen.

Vielleicht ist Ihnen aufgefallen, dass ich bisher das Wort „wirkungsorientierte Steuerung“ oder aber die zwischenzeitlich gängige Abkürzung „WOS“ noch nicht einmal in den Mund genommen habe.

Dies hat einen einfachen Grund:

Während ich die Ausführungen zum Haushalt vorwiegend verwaltungsseitig betrachtet habe, möchte ich das Thema der wirkungsorientierten Steuerung vor allem einer politischen Betrachtung unterziehen.

Und diese fällt leider deutlich negativer aus.

Sehr geehrte Damen und Herren,

als der Kreistag im Jahr 2015 den Startschuss für die Einführung der wirkungsorientierten Steuerung gegeben hat, war neben

allgemeiner Unkenntnis der Materie auf politischer Seite dennoch eine gewisse Euphorie zu erkennen.

Sie Herr Dr. Wilk hatten Ihre Pläne vorgestellt, wie die wirkungsorientierte Steuerung am Sinnvollsten in das Handeln der Verwaltung und der Politik implementiert werden könnte.

Sie haben dem Kreistag vorgestellt, wie Ihrer Meinung nach eine Strategiekonferenz ablaufen sollte, wie Ziele gestaltet und wie Kennzahlen erarbeitet werden könnten.

Ich hatte Ihnen seinerzeit zugesichert, dass die FDP-Fraktion Sie dabei unterstützen wird, diese Pläne umzusetzen.

Diese Unterstützung sichere ich Ihnen auch heute weiterhin zu.

Die FDP-Fraktion ist aber auch der Meinung, dass die Umsetzung der Pläne und in diesem Zusammenhang vor allem die politische Begleitung durch die große Koalition aus CDU und SPD als katastrophal bezeichnet werden muss.

Strikt nach dem Motto: „Gestern standen wir noch vor dem Abgrund, heute sind wir schon einen Schritt weiter...“ stocherten SPD und CDU weiter im Nebel und machten der Verwaltung und der restlichen Politik das Leben schwer.

Bereits in 2015 wurde seitens der sogenannten Gestaltungsmehrheit der Anspruch erhoben, ohne Einbindung der Strategiekonferenz bereits erste Leitziele festzulegen.

Dieses Vorgehen hatte ich bereits in der letztjährigen Haushaltsrede kritisiert.

Ich würde diese Kritik heute nicht wiederholen, wenn sich dieses Verhalten der CDU und der SPD nicht über das gesamte Jahr 2016 fortgesetzt hätte. Ständig sind verabredete und von der Verwaltung vorgeschlagene Vorgehensweisen von CDU und SPD konterkariert worden.

Die von der Verwaltung ursprünglich als umfangreiche Tagesveranstaltung mit Workshop-Charakter geplante Strategiekonferenz am 23. Juni dieses Jahres ist zu einer Nachmittagsveranstaltung verkümmert, in der den kleineren Fraktionen und Gruppen lediglich das Thesenpapier der großen Koalition vorgestellt wurde.

Die Handlungsfelder wurden von CDU und SPD vorgestellt und letztlich auch im Kreistag so beschlossen.

Auf eine Priorisierung der Handlungsfelder konnte man sich aber innerhalb der großen Koalition nicht einigen. Da waren scheinbar die Auffassungen so weit auseinander, dass man die Enden nicht mehr zusammen bekommen hätte.

Somit konnte das Modell aus Lörrach nicht weiterverfolgt werden und Dr. Wilk samt Team musste sich von den ursprünglichen Plänen ein weiteres Mal verabschieden.

Es wurde daraufhin Dr. Heinz als Moderator der Strategiekonferenz gewonnen, der dann die Wogen glätten sollte, indem er vorschlug, die Priorisierung erst auf der Ebene der strategischen Wirkungsziele bzw. der Schlüsselprodukte vorzunehmen.

Dies war – auch aus Sicht der Liberalen – die einzige Möglichkeit, überhaupt noch von der Stelle zu kommen. Anderenfalls hätten die Ziele so schwammig formuliert werden müssen, dass daraus keine klaren Handlungsempfehlungen hätten abgeleitet werden können. Damit wäre das Projekt vorzeitig gescheitert.

Auf alle Fälle sollten die strategischen Wirkungsziele im Rahmen einer weiteren Strategiekonferenz zur Vorbereitung der Kreistagssitzung zusammengestellt werden. So zumindest der Vorschlag der Verwaltung.

Am Ende wurde seitens der Großen Koalition aber keine Notwendigkeit mehr gesehen, diese Strategiekonferenz durchzuführen, da man sich ja bereits in den entsprechenden Fraktionszimmern auf einen Vorschlag geeinigt hatte, in dem alibimäßig auch der ein oder andere Vorschlag von den kleineren Fraktionen aufgenommen wurde.

Wir Liberalen sind davon überzeugt, dass das Gerüst der wirkungsorientierten Steuerung anders ausgesehen hätte, wenn es hier im Kreistag eine klare bürgerliche oder meinetwegen auch linke Mehrheit geben würde.

Das Ergebnis aus den Verhandlungen der SPD und CDU stellt nach wie vor die Einigung auf den kleinsten gemeinsamen Nenner dar und ist deshalb in keiner Weise richtungsweisend.

### **Große Koalition bedeutet kleine Politik.**

Das gilt auf Bundes- und auf Kreisebene gleichermaßen.

Meine Damen und Herren,

„Holzhacken ist deshalb so beliebt, weil man den Erfolg sofort sieht“. Dieses Zitat von Albert Einstein macht deutlich, wie wichtig der schnelle Erfolg einer Maßnahme ist.

Deshalb war ein wesentliches Ergebnis der Strategiekonferenz, dass bereits die ersten Maßnahmen der wirkungsorientierten Steuerung in die Haushaltsplanung 2017 einfließen sollten.

Dagegen war und ist auch grundsätzlich nichts einzuwenden.

Wir Liberalen hatten dann angeregt, mit einem einfach strukturierten Handlungsfeld zu beginnen und ich hatte in der Strategiekonferenz vorgeschlagen mit dem Bereich Straßenwesen und Verkehr zu starten.

Daraufhin erhielt ich seitens CDU und SPD eine Belehrung darüber, wie wichtig doch das Handlungsfeld Wirtschaft und Beschäftigung ist und dass hieran vorrangig gearbeitet werden müsse.

Außerdem seien z. B. im Job-Center bereits strategische Elemente und Kennzahlen vorhanden, die man sich zu Eigen machen könnte.

Somit einigten sich die Teilnehmer der Strategiekonferenz darauf, mit dem Handlungsfeld „Wirtschaft und Beschäftigung“ zu starten.

Die Verwaltung sicherte zu, dass sie bis zum Haushalt ein entsprechendes Papier mit konkreten Umsetzungsvorschlägen erarbeitet. Hieraus könne die Politik dann entsprechende Punkte vorgeben, die in die Haushaltsplanung einfließen sollten, verbunden mit der Bereitstellung der dafür notwendigen Ressourcen.

Dieses Papier wurde auch vereinbarungsgemäß vorgelegt.

Dr. Wilk hatte in diesem Zusammenhang auch mehrfach deutlich gemacht, dass mit Einbringung dieses Beratungspapiers die Arbeit der Verwaltung zunächst endet und nunmehr die Politik am Zuge sei. Er hat zu diesem Zweck in seiner Haushaltsrede sogar explizit den Paragraphen 26 der Kreisordnung zitiert, in dem festgelegt wird, dass ausschließlich der Kreistag für die Festlegung der strategischen Ziele zuständig ist.

Und mit diesem Papier sind die Fraktionen in die Haushaltsplanberatungen gegangen.

Das Ergebnis, was SPD und CDU daraus gemacht und antragsmäßig eingebracht haben, ist aus liberaler Sicht ein politischer Offenbarungseid, meine sehr verehrten Damen und Herren.

Die politische Verantwortung, auf die der Kreisdirektor zu Recht hingewiesen hat wird seitens der Großen Koalition abgelehnt. CDU und SPD sehen sich nicht in der Lage, ihrer politischen Gestaltungsaufgabe gerecht zu werden und fordern stattdessen in einem Antrag zum Haushalt, dass nunmehr erneut die Verwaltung eine Priorisierung der einzelnen Vorschläge im Handlungsfeld Wirtschaft und Beschäftigung vorzunehmen hat.

Gleichzeitig wird der Landrat per Beschluss beauftragt, zu einer weiteren Strategiekonferenz einzuladen. Hierzu bedarf es aus liberaler Sicht keines Antrags sondern lediglich eines Telefonates.

Ich denke, dass deutlich geworden ist, dass die FDP-Fraktion diesem Antrag nicht folgen wird.

Im zweiten Antrag der Großen Koalition erwächst nunmehr die plötzliche Erkenntnis, dass man doch mal den Kreisstraßenzustand mit in die wirkungsorientierte Steuerung aufnehmen sollte. Genau das was die FDP-Fraktion in der ersten Strategiekonferenz vorgeschlagen hat.

Sie können sich vorstellen, dass mich dieser Antrag ein Stück weit aus den Schuhen gehauen hat, meine Damen und Herren.

Nachdem es aber unser Vorschlag war, wird die FDP-Fraktion diesem Antrag natürlich zustimmen.

Der dritte Antrag von CDU und SPD ist aus Sicht der FDP-Fraktion völlig unverständlich.

Mit dem ersten Antrag kapitulieren CDU und SPD vor dem Beratungspapier und fordern die Verwaltung auf, zunächst einmal eine Priorisierung der Vorschläge vorzunehmen, im dritten Antrag pickt man sich scheinbar willkürlich bereits einen Punkt raus, ohne zu wissen, wie eine spätere Prioritätenliste letztlich aussehen wird.

Auch diesem Antrag können wir wegen fehlender Plausibilität nicht folgen.

Sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrter Herr Dr. Wilk,

wir betrachten das Agieren der Großen Koalition als völlig planlos. Man stochert nach wie vor im Nebel und wird der politischen Gestaltungsaufgabe nicht gerecht. Die Kommunikation zwischen den beiden Großen und den restlichen Fraktionen und Gruppen im Kreistag lässt arg zu wünschen übrig.

Wir Liberalen sehen das Projekt wirkungsorientierte Steuerung zum jetzigen Zeitpunkt als gefährdet an

Vielleicht sollten Sie Herr Dr. Wilk diesbezüglich überlegen, ob Sie die „Wirkungsorientierte Vertrauensfrage“ stellen und klären lassen ob Ihr Projekt mit den ursprünglichen Zielen überhaupt noch weiter verfolgt werden soll.

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

Lassen Sie mich noch kurz auf den Antrag der FDP-Fraktion zum Haushalt eingehen:

Die FDP-Fraktion stellt den Antrag, dass der Landrat Verhandlungen bezüglich einer Mietminderung für die Ausstellungsräume im Schloss Cappenberg aufnimmt. Die Mietsache kann seitens des Kreises aufgrund von erheblichen Verzögerungen beim Baufortschritt nicht vereinbarungsgemäß genutzt werden. Deshalb muss es gesetztes Ziel sein, die zu zahlenden Mieten zu reduzieren und so den Kreishaushalt zu entlasten.

Zum Schluss möchte ich es nicht versäumen, mich bei Ihnen allen zu bedanken.

Danke an den Landrat, an den Kreisdirektor, an die Dezernenten und an alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Kreisverwaltung für ihre engagierte und kooperative Arbeit.

Danke an meine eigene Fraktion, an die anderen Fraktionen und Gruppe für die interessanten, konstruktiven Gespräche und für die Zusammenarbeit im zurückliegenden Jahr.

Und letztlich Dank an alle, denen noch nicht gedankt wurde, denen aber Dank gebührt.

Ich wünsche Ihnen und Ihren Familien und Freunden ein schönes Weihnachtsfest und für das Jahr 2017 nur das Beste.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.